

Die Tatsache, daß führende Teilnehmer der hitlerischen Aggressionspolitik Schlüsselstellungen der Bundesrepublik einnehmen, ist ein Alarm-signal für alle friedliebenden Menschen.

Die belgische Delegation unterstützt im Interesse der gesamten belgischen Bevölkerung voll und ganz den Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, daß beide deutsche Staaten auf Kernwaffen verzichten. Dieser Vorschlag, der in dem Schreiben des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vom 26. Mai 1964 an Bundeskanzler Erhard erneuert wurde, entspricht dem Geist der Präambel des Moskauer Vertrages über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche, der von der Bevölkerung Belgiens und der DDR gebilligt und von den Regierungen beider Länder unterzeichnet worden ist.

Beide Parteien stimmen darin überein, daß alle Bemühungen darauf gerichtet werden müssen, sämtliche Faktoren auszuschalten, die den Frieden stören oder die Entspannung und den Abschluß von Vereinbarungen zur Garantie einer friedlichen Entwicklung in Europa und in der Welt verhindern können. Sie unterstützen alle konkreten Vorschläge, die zur Entspannung und zur Erhaltung des Friedens beitragen können.

Beide Parteien sind der Meinung, daß die friedliche Lösung der Westberlinfrage und die Umwandlung Westberlins in eine neutrale Freie Stadt eine der wesentlichsten Bedingungen für die Entspannung und für die Erhaltung des Friedens in Europa ist.

Die belgische Delegation hob hervor, daß die Deutsche Demokratische Republik durch ihre Politik, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruht, ein treuer Verbündeter der friedliebenden und demokratischen Kräfte in Belgien ist. Die Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zwischen Belgien und der Deutschen Demokratischen Republik läge nicht nur im ökonomischen und kommerziellen Interesse der beiden Länder, sondern würde auch dem Frieden dienen.

Die ultrareaktionären Kreise innerhalb der NATO, die die internationale Entspannung aufzuhalten suchen und den Triumph des Prinzips der friedlichen Koexistenz vereiteln wollen, führen gleichzeitig eine Offensive gegen die Demokratie, gegen die demokratischen Rechte der breitesten Bevölkerungsschichten.

Es liegt in der Natur des Monopolkapitals, das die ultrareaktionären Kräfte stützt, jedwedes Mitwirken der Massen bei der Lösung der wichtigsten politischen und ökonomischen Probleme auszuschalten und zu